

## **Was bisher geschehen ist ... eine Chronologie der Ereignisse**

**August 2014:** Vereinsgründung des Rechtshilfefonds durch die Regionalkonferenz „AKW Grohnde abschalten“.

**März 2015:** Antrag beim nieders. Umweltministerium (NMU) auf Entzug der Betriebsgenehmigung für das AKW Grohnde.

**Juli 2015:** Das NMU bittet um Fristverlängerung für die Beantwortung des Antrages.

**Oktober 2015:** Der Antrag wird vom NMU abgelehnt. Anschließend wird die Klage von Rechtsanwalt Dr. U. Wollenteit beim OVG Lüneburg eingereicht und es wird Akteneinsicht beantragt.

**März 2016:** Die Akten werden vom NMU an den Rechtsanwalt geschickt.

**April 2016:** Die Physikerin Oda Becker wird vom Rechtshilfefonds beauftragt, anhand der Akten eine fachwissenschaftliche Klagebegründung zu erarbeiten.

Der Verein zählt inzwischen 40 Mitglieder.

**Juni/Juli 2016:** Die Klagebegründung von Dipl.-Phys. Oda Becker wird vom Rechtsanwalt in die Klageschrift eingearbeitet.

**August 2016:** Die ausführliche Klagebegründung wird eingereicht. Schwerpunkt: die Auswirkungen auf die Kläger bei Freisetzung radioaktiver Stoffe, mit besonderem Augenmerk auf terroristische Angriffe.

## **AKW Grohnde: Ein unkalkulierbares Risiko!**

### **Schäden durch Verschleiß häufen sich!**

Seit 2014 waren neben einem Totalausfall des stromerzeugenden Generators vor allem mehrfach sicherheitsrelevante Kühlpumpen verschiedenster Art gestört oder fielen ganz aus. Bei einem kompletten Ausfall der Notkühlpumpen kann es innerhalb weniger Stunden zur Kernschmelze kommen (Super-GAU). Im Frühjahr 2016 musste das AKW nach einem bei der Revision entdeckten Nachkühlpumpendefekt zweiinhalb Monate lang abgeschaltet bleiben. Im August gab es einen tödlichen Unfall.

### **AKW sind für Terroristen ein potenzielles Anschlagziel – von innen und außen!**

Bereits 2014 wurde in Doel 4 eine Turbine durch einen internen Sabotageakt beschädigt. Dabei waren 60.000 Liter Öl ausgelaufen, was zu einer Schnellabschaltung führte und das AKW für Monate lahmlegte.

Die Terroristen von Paris (2015) und Brüssel (2016) hatten nachweislich Atomanlagen im Visier. Deshalb wurden auch die belgischen AKW Doel und Tihange aus Sicherheitsgründen teilweise geräumt.

Das Risiko für Hackerangriffe auf digital nachgerüstete AKW-Kontrollräume ist ebenfalls gestiegen.

Zusammen mit der Bedrohung durch Flugzeugabstürze sowie durch Beschuss von außen ergeben sich mehrere Angriffsszenarien, die zu schwerwiegenden bis katastrophalen Folgen führen können.